

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 32. Sitzung des Bundesrates vom 12. Mai 1959

Vorsitz: Hr. Bundespräsident P. Chaudet
Abwesend: Hr. Holenstein (dienstlich)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: Die Protokolle der 24. und
25. Sitzung werden genehmigt.
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 20

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Dejeuner mit den Aussenministern in Genf

Herr Petitpierre gibt kurz seine Eindrücke vom Mittagessen bekannt, das ^{der Bundesrat} den Aussenministern offeriert hat. Die Stimmung sei wegen der Frage der Behandlung der Vertreter der beiden Deutschland gespannt gewesen. Wie man heute aus der Presse erfahren konnte ist nun eine Lösung des Problems gefunden worden. Von den Gesprächen, die Herr Petitpierre mit den verschiedenen Aussenministern geführt hat, verdient vor allem Erwähnung die Bedeutung, die die Russen der Frage unserer Atombewaffnung beimessen.

Gegen Ende der Konferenz könnte man die Frage aufwerfen, ob man nochmals eine grössere Einladung veranstalten wolle.

Einladung zum Abschiedscocktail des ungarischen Gesandten

Der Vorsteher des EPD hält dafür, dass es nicht richtig wäre, wenn ein Bundesrat abgeordnet würde. Der Rat lässt sich deshalb durch den Herrn Bundeskanzler vertreten.

Schriftliche Anträge

Bundeskanzlei

Erleichterung des Stimmrechts in eidg. Angelegenheiten

Herr Petitpierre fragt sich, ob man wirklich die vorgeschlagenen Erleichterungen vorsehen muss. Der Herr Bundeskanzler verweist auf die parlamentarischen Vorstösse in dieser Angelegenheit, insbesondere auf die Motion Dietschi. Herr Etter rechnet nicht damit, dass der Ständerat dem Korrespondenzverfahren zustimmen wird, macht aber keine Opposition. Herr Streuli ist der Auffassung, dass es Aufgabe des Bundesrates sei, dafür zu sorgen, dass solche Stimmerleichterungen kommen. Er ist aber der Meinung, dass eine einheitliche Regelung für alle Kantone getroffen werden muss und lehnt deshalb eine Lösung, die den Kantonen alle Freiheit lässt und die Lösung, die neben dem Korrespondenzverfahren auch die Stellvertretung zulassen will, ab. Herr Wahlen möchte wissen,

x im Hinblick auf die Auslandschweizer,

was unter Bürger zu verstehen ist, die dauernd von ihrem Domizil abwesend sind. Der Herr Bundeskanzler teilt mit, dass das besonders die Saisonangestellten der Hotel sind, die ihr Domizil bei ihrer Familie haben, und sich wegen ihrer Beschäftigung nur ausnahmsweise am Wohnsitz aufhalten.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der Rat dem Antrag der Bundeskanzlei zugestimmt hat, unter Ausschaltung der Lösungen, die einen Unterschied im Verfahren zwischen den einzelnen Kantonen schaffen.

Politisches Departement

Kommission für die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer, Bericht für 1958

Herr Wahlen fragt an, ob andere Herren auch die Schrift von Herrn Konsul Kunz erhalten haben, der eine scharfe, geradezu unzulässige Kritik an der bisher getroffenen Hilfe übt. Er erkläre am Schluss, man habe den Auslandschweizern blutiges Unrecht zugefügt auf den Druck der Wirtschaftsverbände hin. Herr Petitpierre teilt mit, dass in der nächsten Session eine Interpellation über diese Frage kommen wird. Die Schrift von Herrn Konsul Kunz hat keiner der andern Herren erhalten.

Departement des Innern

Unfallversicherung. Vorlage vom 9. Mai 1958, Aenderungen

Herr Etter wäre dankbar, wenn das JPD die Dinge nicht noch mehr komplizieren würde, nachdem nun eine Einigung auf der ganzen Linie erzielt werden konnte mit der SUVAL. Herr Wahlen begrüßt die Lage des EDI. Er verweist aber auf die Vorgeschichte von Art. 78 SVG. Wenn man diesen Artikel jetzt ändert, bevor das Gesetz überhaupt in Kraft getreten ist, wird man ein unzulässiges referendumpolitisches Manöver vermuten. Die Referenten im Ständerat und im Nationalrat und der damalige Vorsteher des JPD haben sich ausdrücklich bei der Feststellung behaupten lassen, dass die Prämien so niedrig wie möglich gehalten werden und dass keine Doppelversicherung stattfinden werde. Herr Etter erklärt, bei dieser Situation sei es das beste, wenn man die Frage nochmals prüfe und die Sitzung der nationalrätl. Kommission ein zweites Mal verschiebe. Herr Wahlen stellt fest, dass die Kommissions-sitzung erst am 29. Mai stattfindet, und dass man in der Zwischenzeit versuchen könnte, eine Einigung zwischen dem Bundesamt für Sozialversicherung und der Polizeiabteilung herbeizuführen.

In diesem Sinne wird das Geschäft verschoben.

Vertrag mit S-chanf über den schweiz. Nationalpark

Herr Etter stellt fest, dass hier die Verhältnisse anders liegen als bei Zernez, sodass eine Abweichung des Textes angebracht erscheine. ~~Nächste~~ ^{*Übernächste} Woche trete die nationalrätliche Kommission zusammen. Der Bundesrat sollte den BB über den Nationalpark am nächsten Freitag behandeln, damit das Geschäft vom Prioritätsrat (Nationalrat) in der Junisession behandelt werden kann. Damit würden sich die Aussichten auf den Rückzug der Nationalparkinitiative sehr verbessern. Das Komitee wartet zuerst noch ab, welche weitere Entwicklung der BB nimmt. Es ist zu erwarten, dass es die Initiative zurückzieht, wenn der erste Rat seinen

Beschluss gefasst hat. Wenn das JPD festhält und der Bundesrat diesen Antrag zum Beschluss erhebt, dann ist es ausgeschlossen, dass das Geschäft noch in der Junisession behandelt werden kann. Verhandlungen mit S-chanfs würden sehr hart werden.

Herr Wahlen erklärt, er halte am Antrag des JPD nicht fest, da es sich hier eher nur um einen Schönheitsfehler handle.

Justiz- und Polizeidepartement

Beschwerde Gemeinde Aigle und Kons. betr. Rebkataster

Herr Streuli möchte wissen, was der Herr Bundespräsident als Sachverständiger (Weinbauer und Waadtländer) zu dem Antrag sagt. Herr Chaudet kann sich nicht recht einverstanden erklären. Er bedauert die Stellungnahme des Waadtländer Staatsrates. Es sei sehr schwer eine Kontrolle durchzuführen und es bestehe die Gefahr, dass diese Lösung für den Absatz unserer Spitzenweine nicht von Vorteil sei. Auf Grund dieser Stellungnahme hält es Herr Wahlen für richtig zu prüfen, ob nicht eine Expertise durchgeführt werden sollte. Herr Streuli stellt fest, dass die Frage, ob es sich um Wein von gleicher Qualität handle, eine Tatfrage sei.

Obwohl das Gesundheitsamt schon in dieser Angelegenheit Stellung genommen hat, möchte Herr Wahlen es nochmals konsultieren. Das Geschäft wird verschoben.

Militärdepartement

Rücktritt Oberstbrig. Bachofner

Herr Streuli fragt an, ob das EMD nicht noch irgend eine Beschäftigung für den Zurücktretenden finden würde. Herr Chaudet antwortet, dass Herr Oberstbrig. Bachofner ein kranker Mann sei, dessen geistige Kräfte ebenfalls nachgelassen hätten und dass es deshalb ausgeschlossen sei, etwas für ihn zu finden.

Internationales Flugmeeting in Basel 1958, Subventionsgesuch

Herr Streuli stellt entsprechend dem Mitbericht des FZD fest, dass nachdem zwei grosse Flugmeetings in Genf und Zürich stattgefunden hatten, man zweifeln könne, ob so rasch nachher ein Bedürfnis für ein weiteres Meeting in Basel bestanden hätte. Da hauptsächlich Basel profitiert habe, solle Basel die 15'000 Fr. übernehmen. Das Gesuch sei schliesslich verspätet eingereicht worden, d.h. erst wenige Wochen vor dem Anlass.

Auf alle Fälle sollte man Richtlinien für die Veranstaltung solcher Meetings, für die Bundessubventionen bewilligt werden können, aufstellen.

Der Herr Bundespräsident ist der Meinung, dass es heikel sei, Basel, das ein Defizit gemacht habe, die Subvention zu verweigern, während man sie Genf und Zürich, die keine Defizite hatten, gewährt habe. Herr Lepori unterstützt diese Auffassung und stellt fest, dass das Gesuch immerhin vor dem Meeting gestellt wurde. Ueber den Wert solcher Meetings sei er sehr skeptisch. Man erkläre, es gehe ^{darum} Propaganda für die Fliegerei zu machen und die technischen Fortschritte zu zeigen. Dabei handle es sich mehr und mehr um reine Sensation und Nervenkitzel. Man sollte deshalb auch Vorschriften aufstellen über die Art der Durchführung. Nach-

dem Herr Streuli erklärt, keine Prestigefrage daraus zu machen, wird der Antrag des EMD entsprochen. Herr Petitpierre wendet sich dagegen, dass heute Regeln aufgestellt werden, wie künftige Meetings zu behandeln seien, damit man nicht noch weitere Meetings anregt. Erst wenn sich wieder eine Gelegenheit gibt, soll man diese Frage prüfen. Herr Wahlen vertritt die Auffassung, dass künftig solche Meetings überhaupt nicht mehr subventioniert werden sollen. Wir dürfen nicht die Sensationslust noch durch Subventionierung solcher Meetings fördern. Herr Streuli ist gleicher Meinung.

Finanz- und Zolldepartement

Bundesbeitrag an die SUISATOM AG.

Dieses nicht auf der Traktandenliste stehende Geschäft wird antragsgemäss erledigt, nachdem Herr Streuli dargelegt hat, wieso er diesen Antrag stellvertretender Weise gestellt habe und nachdem sich Herr Petitpierre sowohl mit der Geschäftsführung des Herrn Streuli wie mit dem Antrag einverstanden erklärt hat.

Sitzung am Pfingstdienstag

Herr Holenstein, der für kurze Zeit aus der Sitzung der Zollarifkommission in den Rat gekommen ist, unterbreitet den Wunsch, das Geschäft Bodenverbesserungsv. noch am Freitag zu behandeln, sofern am Pfingstdienstag keine Sitzung stattfindet. Die nationalrätliche Kommission für die Milchpreisprobleme, die am nächsten Mittwoch tagt, sollte über den Stand der Angelegenheit Bodenverbesserung orientiert werden können. Herr Holenstein wäre zufrieden, wenn der Bundesrat wenigstens beschliessen würde, dass man das Geschäft den Kantonen unterbreiten könne. Herr Streuli stellt fest, dass die Zeit für die Erstellung des Mitberichtes sehr knapp sei, und dass die Vorlage für das FZD bedeutsam sei. Wenn am Pfingstdienstag keine Sitzung sei, dann werde er sich bemühen, das Geschäft auf Freitag spruchreif zu machen.

Der Herr Bundespräsident erklärt, dass am Pfingstdienstag keine Sitzung stattfinden sollte. Herr Etter wünscht, dass dieses Geschäft und die Fragen des EPD am Dienstag nach 10 Uhr behandelt werden, da er erst dann erscheinen könne.

U m f r a g e

Hr. Streuli

Beschwerde Bossi

Herr Streuli erkundigt sich über den Verlauf der Sitzung der nationalrätlichen Kommission, von der er lediglich durch eine Mitteilung der Schweiz. Depeschagentur orientiert wurde. Herr Wahlen antwortet, dass die Kommission ohne Bezug von Leuten aus der Bundesverwaltung und ohne ihn getagt habe. Sie habe eine Aktenergänzung verlangt, d.h. die Aushändigung der Strafanzeige. Das sei eine heikle Frage. Die Bundesanwaltschaft habe Bedenken, weil sie befürchte, dass die Geheimhaltung der Voruntersuchung gefährdet sei. Das JPD werde sich mit dem Untersuchungsrichter in Verbindung setzen.

Zolleinnahmen im April

Im April 1959 sind die Zolleinnahmen um 1,9 Millionen Franken höher als im April 1958.

Hr. W a h l e nMotion Gitermann. Verbot des Filmes Wege zum Ruhm

Herr Gitermann hat in der ausserordentlichen Session eine Motion eingereicht, mit der er verlangt, dass das Verbot des Filmes aufgehoben werde. Das gehe nun entschieden zu weit. Da die Motion auch von Leuten anderer Parteien unterzeichnet worden sei, möchte Herr Wahlen die übrigen Mitglieder des Rates bitten, in ihren Fraktionen deutlich gegen die Motion Stellung zu nehmen. Die Herren Lepori und Etter sind der Auffassung, dass man mit einer Motion nicht in die Kompetenzen des Bundesrates eingreifen kann. Der Rat ist einstimmig der Auffassung, dass der Bundesrat seine Haltung nicht ändern kann. Das JPD soll rechtzeitig die Frage prüfen, ob eine solche Motion zulässig sei.

Nachfolge von Herrn Feldmann im Stiftungsrat der Stiftung Pestalozzidorf

Herr Wahlen ist angefragt worden, ob er den Platz von Herrn Feldmann als Mitglied des Stiftungsrates einnehmen könne. Herr Etter glaubt, dass Herr Feldmann Mitglied geworden sei in seiner Eigenschaft als Erziehungsdirektor des Kantons Bern und dann einfach als Bundesrat weiter dabei geblieben sei. Da der Bundesrat in letzter Instanz die Aufsicht über die Stiftungen hat, könnte es zu Unzukömmlichkeiten führen, wenn ein Bundesrat Mitglied des Stiftungsrates ist. Sollte allerdings Herr Feldmann die Mitgliedschaft im Stiftungsrat als Bundesrat angenommen haben, dann stelle sich auch für Herrn Wahlen die Frage anders. Nach der erhaltenen Aufklärung ist Herr Wahlen der Meinung, dass er auf alle Fälle verzichten werde.

PräsidialvorbringenSchweizer Hausfrau. Reportage über die Aufgaben der Sekretärinnen der Bundesräte

Dem Wunsche, in dieser Zeitschrift eine Reportage über die Sekretärinnen der Herren Bundesräte und ihrem Aufgabenkreis zu bringen, kann nicht entsprochen werden.

Einladung Zentralverband Schweiz. Erziehungsinstitute und Privatschulen, Kongress anlässlich des 25-jährigen Jubiläums
Dem Antrag des Departements des Innern, den Chef des Departementssekretariates abzuordnen, wird entsprochen.

Einladung Société de sciences morales

Nachdem Herr Etter eine Teilnahme des Bundesrates als nicht notwendig erachtet, wird die Einladung abgelehnt.

Bericht über die Armeereform

Die Militärkommission des Nationalrates verlangt einen Bericht über den Stand der Arbeiten für die Armeereform. Herr Bundespräsident glaubt, man sollte die Ziffern des Grünbuches im Bericht bekannt geben, aber nicht die Zahlen, welche der Bundesrat festgesetzt hat. Im weitem will Herr Chaudet erklären, warum der Bundesrat das Communiqué gemacht habe und sich gegen den Vorwurf der Undiscipliniertheit der LVK wenden.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 31. Sitzung vom 8. Mai 1959 wird mit Anederungen beim Geschäft "Hinschied Frau Bundesrat Motta", beim Geschäft "Revision des BB über die Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod der Professoren der ETH" und beim Geschäft "Aussenministerkonferenz in Genf" genehmigt.

* * *

Präsidenten

Schweizer Hausfrau. Reportage über die Aufgaben der Sekretärinnen der Bundesräte
Dem Wunsch, in dieser Zeitschrift eine Reportage über die Sekretärinnen der Herren Bundesräte und ihren Aufgabenkreis zu bringen, kann nicht entsprochen werden.

Einladung Zentralverband Schweiz. Erziehungsanstalten und Privatschulen. Kongress anlässlich des 25-jährigen Jubiläums
Dem Antrag des Departements des Innern, dem Chef des Departementsekretariates abzuordnen, wird entsprochen.

Einladung Société de sciences morales
Nachdem Herr Etter eine Teilnahme des Bundesrates als nicht notwendig erachtet, wird die Einladung abgelehnt.